

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsamt: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: **Telefonnummer: 28241**
Für die Redaktion: **Telefonnummer: 28011**
Schulstr. 1 u. Hauptredaktion: **Telefonnummer: 28048**
Dresden - K. L., **Kartenstraße 28/29**

Bezugspreise: Bei monatlicher Bestellung monatlich **2,30 Mk.** (einrücklos) 70 Pfg. für Postgebühren, durch **Postbank 2,80 Mk.** (einrücklos) 60 Pfg. **Postgebühren** (ohne Postumschlaggebühren) bei 7 mal wöchentlichem Besuch, **Einzelnummer 10 Pfg.**, außerhalb Sachens 15 Pfg. **Anzeigenpreise:** Die erste Spalte 30 mm breite Seite 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 20 mm breite Seite 20 Pfg., außerhalb 25 Pfg. abg. **Arbeitsblätter** 11, **Kart.**, **Sammlungen** und **Stellungsblätter** ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. **Offiziersblätter** 30 Pfg. **Wahrscheinliche** Beiträge gegen **Vorauszahlung**.

Druck u. Verlag: **Reich & Reichardt,**
Dresden, **Waldstr. 11/13** **Telefonnummer: 28000**
Nachdruck nur mit **beutl. Genehmigung**
(**Dresden, Rad.**) zulässig, **sonstige**
Schreibweise werden **nicht** aufgeführt

Genfer Vorentscheidung im Fernost-Konflikt

Ergebnis: ein neuer Sonderausschuß

Genf, 10. März. Das Präsidium der Völkerbundsversammlung hat am Donnerstag einen Entschließungsentwurf angenommen, der den Abschluß der Beratungen der Versammlung und die Grundlage für die weitere Behandlung des Fernost-Konfliktes durch den Völkerbund festlegt. Die Entschließung betont den verpflichtenden Charakter der Grundzüge des Völkerbundesvertrages und bemerkt, daß alle Mitgliedstaaten verpflichtet sind, keinerlei Abkommen anzuerkennen, das im Gegensatz zu den Bestimmungen des Völkerbundesvertrages steht. Wird weiter darauf hingewiesen, daß die Regelung des japanisch-chinesischen Streitfalles niemals mit Waffengewalt gesucht werden kann.

Die praktische Bedeutung der Entschließung liegt in der Einsetzung eines Sonderausschusses von 10 Mitgliedern, der aus dem Präsidenten der Vollversammlung, den zwölf Mitgliedern des Völkerbundsrates und sechs von der Völkerbundsversammlung zu wählenden Vertretern bestehen soll. Diesem Sonderausschuß werden weitgehende Vollmachten eingeräumt. Er soll einen Bericht über die Einstellung der Feindseligkeiten und über den Abschluß eines

endgültigen Abkommens erstatten, die Durchführung der bisherigen Ratsentscheidungen zum japanisch-chinesischen Konflikt überwachen, ein allgemeines Abkommen zur Regelung des Streitfalles ausarbeiten und, wenn notwendig, ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes im Haag einfordern. Der Sonderausschuß wird ermächtigt, alle notwendigen Maßnahmen der Vollversammlung vorzuschlagen. Er muß spätestens bis zum 1. Mai 1932 der Vollversammlung einen ersten Bericht über die Gesamtlage erstatten. Die Völkerbundsversammlung tagt weiter. Der Präsident wird ermächtigt, die Vollversammlung, wenn erforderlich, von neuem wieder zusammenzutreten zu lassen.

Japanischer Misserfolg bei Schanghai

Peking, 10. März. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit, daß ein Angriff japanischer Truppen auf Taitan (T) von chinesischen Truppen abge schlagen worden sei. Die japanischen Truppen hätten große Verluste erlitten. An anderen Stellen sei es zu kleinen Zusammenstoßen zwischen Japanern und Chinesen gekommen.

Nicht aus Liebe sondern aus Haß!

Unter den Wählern, die nach ihrer Einstellung und Zuneigung ebenso wie vor sieben Jahren für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten eintreten möchten, gibt es viele, die sich daran freuen, daß sie diesmal in Wahlgemeinschaft mit den Sozialdemokraten kommen sollen. Sie haben nie in ihrem Leben ebenso wie die Marxisten gestimmt und sprechen auch jetzt vor dem Gedanken zurück. Daran ändert auch die Tatsache wenig, daß sich nicht Hindenburg so gewandelt hat, daß er die sozialdemokratische Unterstützung findet, sondern daß umgekehrt die Sozialdemokratie ihre Parole von 1925 ins Gegenteil verkehrt hat. Offenbar ist hier der schwächste Punkt des von Brüning geführten Systems im Präsidentschaftskampf. Die Sozialdemokratie erleichtert ihm zwar die Arbeit, indem sie sich in der öffentlichen Propaganda zurückhält und ihren Vorkämpfer „Schlagt Hitler, darum wählt Hindenburg!“ nur intern verbreitet. Immerhin empfindet man in der Mitte und Halbrechten diese Art von Wahlhilfe nicht gerade angenehm. Man läßt sie sich gefallen, weil sie unentbehrlich ist für den Erfolg, aber man geht mit Stillschweigen darüber hinweg in dem Gefühl, daß bei dieser roten Bundesgenossenschaft etwas nicht in Ordnung ist. Und dieses Mißtrauen weiter bürgerlicher Kreise hat seine Berechtigung.

Man braucht sich, wenn man der sozialdemokratischen Stellungnahme auf den Grund geht, nicht bei der Gegenüberstellung der altigen Angriffe auf Hindenburg aus früheren Zeiten mit der lebigen Anerkennung seiner Person und Präsidentschaft aufzuhalten. Dieser schwindende Bewusstseinswechsel ist nur ein neuer Beweis für die große Parteilafahrtropse der Sozialdemokratie, die längst kein Geheimnis mehr ist. Immerhin verdient es als merkwürdiges Zeichen dieses Wahlkampfes festgehalten zu werden, daß die Partei der Revolution durch den Vorstoß der nationalen Bewegung so an die Wand gedrückt ist, daß sie es nicht wagen kann, mit einem Linkskandidaten hervorzutreten. Und darand erobert sich für die Wähler, die noch nie mit der Sozialdemokratie paktiert, sondern sie immer bekämpft haben, mit Recht die Frage: Soll man mit der Abstimmung am 13. März den kürzenden Marxismus stützen oder ihm wieder auf die Beine helfen?

Für die Sozialdemokratie stellt sich das Problem einfacher dar, und es wäre sicher falsch, allen großen Erwartungen auf den „Gewissenskonflikt“ zu setzen, der auch in den Reihen ihrer Anhänger nicht ausbleibt, wenn es für die eingeleiteten und zum Haß gegen alles Militärische und Autoritäre erzeugten Genossen gilt, hinter den Namen Hindenburg ihr Kreuz zu malen. Bezeichnend für die Gefühle der SPD bei dieser Wahl und für ihre Einstellung zu Hindenburg ist der Rat, den nach unwiderprochen gebliebenen Berichten Berliner Zeitungen ihr pressischer Fraktionsführer Hellmann in Bernau gegeben hat: „Genossen, ich weiß, daß es euch hart ankommt und daß es auch mich hart ankommt, Hindenburg zu wählen. Genossen, dann geht vor der Stimabgabe einen Schnaps trinken!“ Das weist man Hindenburg zu bieten, der sicher von keinem Oppositionsredner so schwer beleidigt worden ist, wie hier von seinen sozialdemokratischen Wählern. Die Parteipresse sucht ihnen den Entschluß auch zu erleichtern mit dem Hinweis auf die Taktik der Vorkriegswahlen. Die Lage der Sozialdemokratie im ganzen Reich ist heute so wie damals in einem Wahlkreis, in dem sie nicht aus eigener Kraft in der Lage war, das Mandat zu erobern. Dann war es ihre selbstverständliche Gewohnheit, denjenigen bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen, der am weitesten links stand, um die Wahl des am weitesten rechts Stehenden zu vereiteln. Dementsprechend wird jetzt Hindenburg empfohlen, um die Nachtergreifung durch die nationale Opposition zu verhindern. Vom sozialdemokratischen Standpunkte aus ist dieser Vergleich und diese Beweiskführung sicher nicht ungeschickt. Die Partei sieht im Nationalsozialismus ihren Hauptfeind, und darum geht sie in bitterer Selbstverleugnung und Fortsetzung ihrer Fokierungspolitik so weit, daß sie dem von ihr vielschmähten „preussischen General“ gegen Hitler die Stimme gibt. Für die Aukentstehenden, für die bürgerlichen Wähler, trägt aber diese Parole den Stempel innerer Verlogenheit sichtbar auf der Stirn. Sie haben allen Anlaß, tiefer darüber nachzudenken, als die roten Parteigänger, für die sie bestimmt ist. Und sie werden von der Linkspresse auch keinen Augenblick

Litauischer Druck auf das Memelland

Überlegungen der deutschen Mehrheitsparteien

Berlin, 10. März. Wie aus Memel berichtet wird, lassen es die privaten Nachrichten, die aus Genf in Memel ein treffen, fraglich erscheinen, ob der Druck, den die Unterzeichnermächte der Memelkonvention auf Litauen ausüben, genügen wird, damit an Stelle von Simmat eine den Mehrheitsparteien angehörende Persönlichkeit Präsident des Direktoriums der Memelgebiete wird. Da Litauen nach wie vor auf Simmat als Präsident besteht, werden die Mehrheitsparteien vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Wenn sie Simmat ablehnen, wird natürlich ein rein großlitauisches Direktorium gebildet und der Landtag aufgelöst. Es würde sich ein Wahlkampf ergeben, der unter äußerst schwierigen Umständen zu führen wäre, und nach dem Zusammentritt des neu gewählten Landtages würde der fast auslöschliche Kampf um die Bildung eines Direktoriums von neuem beginnen.

Inzwischen hätte aber das großlitauische Direktorium auf allen Gebieten der Verwaltung vollendete Tatsachen geschaffen.

So ist es jetzt dahin gekommen, daß man im Memelgebiet tatsächlich die Möglichkeit erörtert, ob die Mehrheitsparteien sich mit Simmat einverstanden erklären könnten. Das könnte natürlich nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die Mehrheitsparteien die Mehrheit in diesem Direktorium erhalten und daß diesem Direktorium Simmat nicht das Vertrauen ausgesprochen wird, sondern daß die Landtagsmehrheit zunächst den Versuch macht, wie weit mit einem solchen Direktorium zusammengearbeitet werden könnte.

Denfalls ist infolge der Entwicklung, die die Dinge in Genf genommen haben, die Ablehnung von Simmat, die jetzt so gut wie sicher schien, fraglich geworden.

Nach Meldungen aus Kovno soll eine Einigung zwischen dem Landespräsidenten Simmat und den Mehrheitsparteien in Memel wegen der Bildung des Direktoriums unmittelbar bevorstehen. Nach einer längeren Unterredung, die zwischen dem Landespräsidenten und dem Präsidenten des Landtages, v. Drehler, stattfand, sei angeblich die Sachlage bereits so weit geklärt, daß das Direktorium aus fünf Personen bestehen solle, und zwar aus dem Landespräsidenten, drei Mitgliedern der Mehrheitsparteien und einem Mitglied des litauischen Blocks. Die Nominierung der drei Mehrheitsparteier soll in aller Kürze erfolgen.

Eine Memeler nationallitauische Zeitung meldet heute: Der Präsident des Direktoriums, Simmat, hat gestern den Landesrat Tolikhus zum Mitglied des Direktoriums des Memelgebietes ernannt. — Diese Ernennung bedeutet eine vollkommene Präkrierung der Mehrheitsparteien, deren Vertreter noch gestern und heute mit Simmat über die Bildung des Direktoriums verhandelt. Dabei versuchte Simmat ihnen die von ihm bereits gestern vorgenommene Ernennung des Landesrats Tolikhus zum Mitglied des Direktoriums. Auch der Gouverneur hat dem Präsidenten des Landtages bei den heutigen und gestrigen Besprechungen über die Ernennung Tolikhus' nichts verlauten lassen.

Um den französischen Donaubundplan

Genf, 10. März. Der ungarische Außenminister Baiko teilt nach Paris, um mit Tardieu wegen der französischen Donaubundpläne in Verbindung zu treten. Der englische Außenminister Simon wird am Freitagabend nach London zurückkehren und während eines kurzen Aufenthaltes in Paris über diese Fragen mit Tardieu Besprechungen führen.

Aus London wird gemeldet: Das Schriftstück, in dem Tardieu dem englischen Außenminister seinen Donaubundplan entwickelt, ist im Foreign Office eingetroffen. Der Plan wird zur Zeit eingehend geprüft. Es ist beabsichtigt, dem englischen Außenminister Sir John Simon nach Genf eine Stellungnahme zu übermitteln. Es wird Simon überlassen bleiben, die weiteren Schritte zu tun. In London wird befürchtet, daß Deutschland von dem Plan ausgeschlossen bleiben soll.

Erweitertes Geständnis des Attentäters Stern

Moskau, 10. März. Laut Mitteilung der Untersuchungsbehörden hat, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, der wegen des Anschlages auf den Bolschewiki u. Twardowski verhaftete Student Stern angefangen, er habe das Verbrechen unter Mitwirkung eines gewissen Sergej Sergejewitsch Wassiljew im Auftrag einiger polnischer Staatsbürger verübt. Wassiljew wurde verhaftet. Aus Grund der Aussagen Sterns sei endgültig festgestellt worden, daß die Tat nicht Twardowski, sondern dem deutschen Bolschewiker u. Drehler galt. Nach Ansicht des Täters hätte ein solcher Akt eine entscheidende ankenpolitische Wirkung haben können. Die Voruntersuchung steht vor dem Abschluß; die Angelegenheit wird von der Staatsanwaltschaft an das Gericht gehen, und zwar wird die Verhandlung vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR. stattfinden.

Brands Aufbahrung im Uhrensaal

Paris, 10. März. Brands Leiche ist heute früh vom Sterbehause in der Avenue Kléber nach dem Auferstehungsaal übergeführt und im Uhrensaal aufgebahrt worden. Ministerpräsident Tardieu und mehrere andere Minister der Regierung waren bei der Überführung zugegen. In allen Straßen, die der Zug passierte, wurde der Zug von der Menge begrüßt. Die ehemaligen Mitarbeiter Brands am Quai d'Orsay übernahmen die Totenwache; sie werden von einer Delegation ehemaliger Frontkämpfer abgelöst. Das Publikum ist zum Uhrensaal zugelassen.

Die Kammer hat einen von der Regierung beantragten Kredit von 300 000 Franken für eine nationale Volkseisenbahn für Briand bewilligt. — Der Senat hat auf Vorschlag des Senators Bienvieux-Martin und zahlreicher anderer Senatoren mit 261 Stimmen gegen eine folgenden Gesetzentwurf angenommen: Kritische Briand hat sich um das Vaterland wohl verdient gemacht. In Durchführung dieses Gesetzes wird eine Tafel mit einer entsprechenden Aufschrift in den Schulen und Rathäusern angebracht werden.

Deportation für die Diktatoren Spaniens

Madrid, 10. März. Die zur Nachprüfung der Verantwortung für den Staatsstreich von 1929 eingeleitete Kommission hat ihren Bericht über die Strafen eingereicht, die gegen die Urheber des Staatsstreiches, nämlich die Mitglieder des Direktoriums Primo de Rivera und die den Diktaturverlegungen vom Dezember 1925 bis Januar 1928 angehörenden Minister verhängt werden sollen. In dem Bericht wird Deportation auf 20 Jahre mit dauerndem Verlust der bürgerlichen Rechte für ehemalige Angehörige gefordert. Darunter befinden sich der ehemalige Ramón Milla u. B., die Generale Suro, Calvo-Calt, Ferrerico, Berenguer, Jordana, Amado und viele andere Militärs und Zivilpersonen.

Heute: Der D.N.-Krafffahrer
Seite 9 und 10